

ROTH – Die konstituierende Sitzung des bisherigen Kreistags-Ausschusses für Seniorenarbeit und soziale Angelegenheiten hatte den Charakter einer Kennenlernrunde. Das war nicht nur wegen der Neulinge angebracht, sondern auch weil die Zielvorgabe des Gremiums durch die Aufnahme des Wortes „Inklusion“ erweitert wurde. Ständiger Begleiter der Politiker wird dabei das Rother Inklusionsnetzwerk sein, das dessen Vorsitzender Paul Rösch vorstellte.

Seit das Inklusionsnetzwerk ein eingetragener Verein ist, wächst es rasant und hat schon 40 Mitglieder. Dem Zusammenschluss aus Selbsthilfegruppen haben sich alle Behinderteneinrichtungen des Landkreises mit Ausnahme der Awo angeschlossen und die beiden großen christlichen Konfessionen. Es hat sich der Barrierefreiheit im öffentlichen Leben verschrieben und versteht sich als Datensammler, Berater und Anstoßgeber.

Große Aufmerksamkeit hatte zum Beispiel die Testfahrt Rother Stadträte im Rollstuhl vergangenen Herbst – von der es auch Ergebnisse gibt. Wie Rösch aufzählte, wurden an mehreren Geschäften Handläufe angebracht. Am Rathaus bekam die gläserne Eingangstür rote Signalpunk-

Barrieren weiter abschaffen

Vertreter des Inklusionsnetzwerks im Sozialausschuss

te, die Sehschwache vor mancher Beule bewahren können. Mit einem Seminar des Rother Gymnasiums durchforstet das Netzwerk gerade das ganze Stadtgebiet nach Barrieren.

So eine Erfassung kann in ähnlicher Form bald landkreisweit durchgeführt werden. Man bastelt gerade an einer Webseite, in der jeder Bürger Hindernisse melden kann – oder auch gelungene Lösungen. Wann der Auftritt fertig sein wird, wollte Rösch nicht fixieren. Eine behindertengerechte Benutzeroberfläche fertigzustellen, sei eine große Herausforderung. Informationen und Bedienung müssen sprachlich schlicht gehalten werden, für sehschwache Benutzer muss alles hörbar gemacht werden. Diese Homepage ist momentan das Hauptprojekt, in der politischen Arbeit ist das Fernziel des Netzwerkes, in jeder Gemeinde eine Kontaktperson zu haben.

Auf den ersten Blick widersprüchlich ist die Initiative für ein Projekt des Kreises: Weil es insbesondere unter den freiwilligen Betreuern für die Asylbewerber viele gibt, die keinem Verein beitreten wollen, wird

ein „Verein zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis Roth“ angestoßen, der inzwischen den Modus der Satzungsfindung passiert hat. Annegret Thümmeler von der Kontaktstelle „für einander“ erläuterte die Beweggründe: Über ihn können Ehrenamtliche versichert und Spendenquittungen ausgestellt werden. Außerdem wolle man Unterstützung, Beratung und Fortbildung anbieten. Zum Beispiel denkt man an einen Dolmetscherpool für Asylbewerber.

Leben in eigenen vier Wänden

Gerhard Kunz berichtete vom Pflegestützpunkt, dessen Leiter er ist, über das Anliegen, pflegebedürftigen Menschen möglichst lange ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die Wohnraumberatung ist deswegen ein immer wichtigerer Aspekt in seiner Arbeit.

Im Landratsamt ist Sachgebietsleiterin Ottilie Tubel-Wesemeyer (Seniorenamt und Soziales) Ansprechpartnerin für die Ausschussmitglieder. Aus dieser Richtung gibt es mit der Altenhilfeplanung ein Vorhaben, das so umfas-

send ist, dass es dazu einen eigenen Termin in größerem Rahmen geben wird. So habe sich herausgestellt, dass auch nach der Hartz IV-Gesetzgebung die Dauerarbeitslosigkeit steige. Man müsse verstehen, dass wegen verschiedenster Gebrechen „wirklich nicht alle arbeiten können“, so Ottilie Tubel-Wesemeyer.

Das von vielen als problematisch eingeschätzte von der Leyen-Gesetz zu „Bildung und Teilhabe“ habe sich nicht als Fehlschlag entwickelt. Im Landkreis Roth gibt es etwas über 400 Anträge, die Kosten betragen fast 80 000 Euro pro Jahr. Zuschuss zum Mittagessen (27 000), Klassenfahrten/Ausflüge (20 000) und Schulbedarf (24 000) sind die drei größten Posten. Die „Teilhabe“ (Zugang zu Sport, Kultur und Musik) mit 6 600 und die Lernförderung mit 2 000 Euro kosten weit weniger.

Beim Wohngeld sinken die Anträge seit einer durch eine Gesetzesnovelle im Jahr 2010 ausgelösten Spitze wieder auf das Niveau der Zeit davor, 2013 waren es 759. Für heuer rechnet die Sachgebietsleiterin mit einem weiteren Rückgang. Stetig im Steigen ist dagegen die Zahl der Sozialhilfeempfänger („Empfänger von Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung“), 2013 wurden 444 Anträge angenommen, 2008 waren es 398. Dazu kommen noch 56 schwebende Fälle.